

ANFRAGE von Willy Haderer (SVP, Unterengstringen)

betreffend Auftragsvergebungspraxis gegenüber Firmen, welche sich gesamtarbeitsvertraglich geregelten Arbeitsbedingungen durch Austritt aus den Unternehmerverbänden entziehen.

Durch Pressemitteilungen am 21.6.91 wurde bekannt, dass die drei Medien-Grossunternehmen Tagesanzeiger, Druckerei Winterthur, (Curti Medien) und Ringier ihren Austritt aus den Unternehmerverbänden SVGU, SZV und VSD erklärt haben. Davon betroffen sind ab 1.1.92 in verschiedensten Firmen auf dem Zürcher Kantonsgebiet eine grosse Zahl von Arbeitsverhältnissen im journalistischen und grafischen Bereich. Die gültigen GAV basieren im wesentlichen auf der ethischen Grundlage des über 50jährigen Friedensabkommens. Insbesondere die grossen Zeitungsbetriebe haben in der Vergangenheit, durch die totale Forcierung der absoluten Friedenspflicht die gewichtigste Verantwortung zu tragen für die jetzt von ihnen kritisierten, offensichtlich zu teuren Arbeitsbedingungen. Obwohl die überaus fortschrittlichen Arbeitsbedingungen in dieser Branche in Klein- und Mittelbetrieben zunehmend zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt haben, waren diese schlussendlich doch allgemein tragbar, da der hohe Organisationsgrad sicherstellte, dass es nicht zu wesentlichen Wettbewerbsverzerrungen kam. Es ist nun zu befürchten, dass sich auch kleine und mittlere Unternehmen überlegen, ob sie sich der starken Bindung durch die GAV mit Austritten aus den Unternehmerverbänden entziehen sollen. Dies hätte schlussendlich eine Verwilderung auf dem Arbeitsmarkt und die Gefährdung der gesamten sozialen Sicherheit zur Folge.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an, ob er gewillt ist:

1. Firmen, welche sich nicht an gesamtbranchliche GAV halten, von öffentlichen Aufträgen auszuschliessen
2. genau zu beobachten, wie sich die eingangserwähnten Firmen in Bezug auf die Sozialpartnerschaft verhalten und
3. bei Verstoss gegen die z T noch bis 1994 laufenden GAV Konsequenzen bez. Arbeitsvergebungen zu ziehen
4. durch ein öffentliches Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden die Bedeutung dieser politischen Kultur einerseits zu betonen und
5. die Gefahr aufzuzeigen, welche das Verlassen, dieser auf einer Gesamtverantwortung basierenden Sozialpartnerschaft, heraufbeschwört. Die Vereinbarungen in branchenangepassten GAV zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen ermöglicht weitgehend Lösungen, welche den wirtschaftlichen Gegebenheiten einer Branche Rechnung trägt.

Es wäre interessant die Stellungnahme der Regierung zu vernehmen, welche Auswirkungen eine verstärkte gesetzliche Regelung der Arbeitsnormen, über alle Branchen hinweg insbesondere in der kommenden, verstärkten europäischen Zusammenarbeit zu erwarten wäre, wenn die Branchen-GAV zur Bedeutungslosigkeit verkommen. (Mit Sicherheit wäre hierbei nicht die grafische Branche in erster Linie der Verlierer, was die gesamtwirtschaftliche Dimension der eingangsgeschilderten Austritten dokumentiert.)

In Berücksichtigung der politischen Brisanz auf unsere gesamte Wirtschaft, danke ich dem Regierungsrat für eine klare Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen.

Willy Haderer